

Fragen

für die Fragestunde der 41. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 27. Juni 2018

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	91, 92	Hoffmann, Christoph, Dr. (FDP)	62, 69
Andreae, Kerstin (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	34	Hohmann, Martin (AfD)	49, 84
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	63, 64	Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	37, 81
Bayram, Canan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	40, 73	Jelpke, Ulla (DIE LINKE.)	96, 97
Bellmann, Veronika (CDU/CSU)	9	Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	21, 70
Brandner, Stephan (AfD)	53, 80	Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 100
Brantner, Franziska, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	42, 79	Klein-Schmeink, Maria (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	35, 36	Konrad, Carina (FDP)	43, 58
De Masi, Fabio (DIE LINKE.)	75	Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	66, 67
Dröge, Katharina (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29	Kraft, Rainer, Dr. (AfD)	1, 2
Frömming, Götz, Dr. (AfD)	48	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	31, 44
Gastel, Matthias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	60, 61	Kühn, Stephan (Dresden) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	56, 57
Gelbhaar, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	54, 55	Kühn, Christian (Tübingen) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 83
Glaser, Albrecht (AfD)	5, 6	Künast, Renate (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	16
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	17, 18	Lay, Caren (DIE LINKE.)	104, 105
Hahn, André, Dr. (DIE LINKE.)	20, 103	Lazar, Monika (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	98, 99
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	74, 93	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	45, 68
Herbst, Torsten (FDP)	59		

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Liebich, Stefan (DIE LINKE.)	10, 11	Rottmann, Manuela, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	87, 88
Luksic, Oliver (FDP)	24	Schmidt, Stefan (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 76
Meiser, Pascal (DIE LINKE.)	25	Schreiber, Eva-Maria Elisabeth (DIE LINKE.)	26, 27
Mihalic, Irene, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	85, 86	Schulz-Asche, Kordula (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	39
Müller, Hansjörg (AfD)	7, 8	Sommer, Helin Evrim (DIE LINKE.)	12, 72
Nastic, Zaklin (DIE LINKE.)	13, 14	Stumpp, Margit (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	19
Nestle, Ingrid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	65	Tressel, Markus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	102
Notz, Konstantin von, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	94, 95	Verlinden, Julia, Dr. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 33
Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15, 71	Werner, Katrin (DIE LINKE.)	46, 47
Podolay, Paul Viktor (AfD)	3, 4	Willsch, Klaus-Peter (CDU/CSU)	77, 78
Polat, Filiz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	23, 101	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	51, 52
Renner, Martina (DIE LINKE.)	38, 82		
Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	89, 90		

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie ...	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz	13
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	16
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	17
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	18
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit	21
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	23
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	24
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Hei- mat	25

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Wie stellt die Bundesregierung bei den Ausarbeitungen des Globalen Pakts für Migration (Global Compact for Migration – GCM) den Schutz von Frauen und Mädchen vor Einschleusung als Migranten zum Zwecke der bspw. sexuellen oder wirtschaftlichen Ausbeutung (bspw. durch Zwangsverheiratung aufgrund hergebrachter kultureller Rollenzuweisung) sicher?

2. Abgeordneter
Dr. Rainer Kraft
(AfD) Wo ist nach Ansicht der Bundesregierung im GCM verbindlich sichergestellt, dass ein solcher Schutz vor bspw. Zwangsverheiratung und körperlicher Ausbeutung erfolgt?

3. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung aus der Mitwirkung bzw. Ausarbeitung des GCM auf funktionierende Mechanismen bzw. Schutzvorkehrungen gegen die Einschleppung von schweren Krankheiten (Tuberkulose/Hepatitis/AIDS/Ebola ...) für die Transit- und Zielländer?

4. Abgeordneter
Paul Viktor Podolay
(AfD) Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über eine Abstimmung mit bereits bestehenden Schutzvorkehrungen vor solchen Krankheiten in anderen Ländern bzw. den Mitgliedstaaten der EU in Bezug auf den GCM bzw. den Global Compact on Refugees (GCR)?

5. Abgeordneter
Albrecht Glaser
(AfD) Stimmt die Bundesregierung mit der Wertung des GCM überein, dass es bei dessen Annahme nach dem derzeitigen Ausarbeitungsstand (5/2018) für den Anspruch auf vollständige Teilhabe an den jeweiligen Sozialsystemen des Ziellandes nicht darauf ankommt, ob man Flüchtling nach der Genfer Flüchtlingskonvention ist oder lediglich Migrant aus persönlichen Gründen?

6. Abgeordneter
Albrecht Glaser
(AfD) Ist die Bundesregierung auch der Ansicht, dass der GCM letztlich ein umfassendes Reiserecht in jedwedem Land gewährt, gleich aus welchem Grund, solange es einfach nur Transitland oder Zielland ist, und wenn nein, warum nicht?
7. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD) Welche europäischen Mitgliedstaaten haben nach Kenntnis der Bundesregierung (Deutschland mit eingeschlossen) bereits signalisiert und erklärt, dass sie den GCM der UNO unterzeichnen, und welche Staaten weigern sich, zu unterzeichnen?
8. Abgeordneter
Hansjörg Müller
(AfD) Stimmt die Bundesregierung mit Donald Trump überein, der den GCM als „no borders plan“ bezeichnet, und falls nein, warum nicht?
9. Abgeordnete
Veronika Bellmann
(CDU/CSU) Inwiefern bewertet die Bundesregierung die von den Mitgliedstaaten der Europäischen Union oder dem Schengenraum wie die von Frankreich, Niederlande, Dänemark oder auch Schweden praktizierten Zurückweisungen illegaler Migranten an den Grenzen als unilaterale, unabgestimmte, zu Lasten Dritter praktizierten nationalen Alleingänge, und auf welcher europarechtlichen oder jeweiligen nationalen Rechtsgrundlage werden diese Zurückweisungen durchgeführt?
10. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.) Welche Länder sind, nach Ansicht der Bundesregierung, direkt am Jemen-Krieg beteiligt?
11. Abgeordneter
Stefan Liebich
(DIE LINKE.) Wie häufig war die Beratung darüber, welche Länder direkt und indirekt am Jemen-Krieg beteiligt sind, Thema „in der Bundesregierung“ (vgl. Plenarprotokoll 19/22, S. 1797 (B))?

12. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)
- Welcher Deckungsgrad wurde nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2017 bei den internationalen Finanzhilfen für die Bewältigung der humanitären Krise im Jemen erreicht, und in welchem Gesamtumfang wird die Bundesregierung im laufenden Haushaltsjahr Finanzmittel für die humanitäre Hilfe im Jemen bereitstellen?
13. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die aktuelle Offensive insbesondere saudi-arabischer und emiratischer Militärs und Milizen gegen die jemenitische Stadt Hudaida unter völkerrechtlichen Gesichtspunkten, und welche ausländischen Soldaten sind nach Kenntnis der Bundesregierung neben der von Medien und französischen parlamentarischen Kreisen bestätigten (www.reuters.com/article/us-yemen-security-france/french-special-forces-on-the-ground-in-yemen-le-figaro-idUSKBN1JC099) Teilnahme französischer Spezialeinheiten auf Seiten der saudisch angeführten Militärkoalition in die Kampfhandlungen involviert?
14. Abgeordnete
Zaklin Nastic
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Zurückziehen der USA aus dem Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen?
15. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwiefern liegen der Bundesregierung eigene Erkenntnisse über Menschenrechtsverletzungen beim militärischen Vorgehen der selbsternannten Libyschen Nationalarmee in der Stadt Derna (www.reuters.com/article/us-libya-security-derna/forces-under-libyas-haftar-say-theyre-close-to-taking-final-eastern-holdout-idUSKBN1JA2G6) vor, und wie beurteilt sie die Auswirkungen dieses Kampfs für den mit der Pariser Konferenz angestoßenen Friedensprozess?
16. Abgeordnete
Renate Künast
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt das Ergebnis der Machbarkeitsstudie der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH zur Klärung der Vermögensverhältnisse und der weiteren Beratung der Villa Baviera in Chile bereits vor (vgl. Antwort der Bundesregierung zu den Fragen 14 und 15 der Kleinen Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/513),

und wenn ja, wird nun eine umfassende Wirtschaftsprüfung in Auftrag gegeben (bitte Zeitplan auflisten)?

17. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Tatsache, dass kurz vor dem Ende der Legislaturperiode im Senat der Republik Kolumbien die Reglementierung des vorläufigen Artikels 12 der Verfassung, der die Umsetzung der Sondergerichtsbarkeit für den Frieden vorsieht, auf die Zeit nach dem Amtsantritt des neuen kolumbianischen Präsidenten verschoben wird, und sieht die Bundesregierung darin eine Gefahr für die Stabilität und das Fortbestehen des zwischen dem kolumbianischen Staat und der ehemaligen FARC-EP am 24. November 2016 in Bogotá unterzeichnete Friedensabkommen (www.rcnradio.com/politica/congreso-aplaza-proyecto-de-jep-para-consultarlo-con-ivan-duque)?

18. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.)

Ist der Bundesregierung das Gesetz 02 vom 11. Mai 2017 bekannt, das die kolumbianische Verfassung dahingehend ergänzt und die Präsidenten für die Zeit von drei Regierungsamtszeiten (zwölf Jahre) verpflichtet, das Friedensabkommen textgetreu zu entwickeln und zu schützen, um zu verhindern, dass das Abkommen in der jeweiligen Legislaturperiode Veränderungen erfährt, und wird sich die Bundesregierung bei dem designierten kolumbianischen Präsidenten Ivan Duque dafür einsetzen, dass er den genannten Artikel einhält (www.lavozdelderecho.com/files/DOC-20170518-WA0004.pdf, www.lavozdelderecho.com/index.php/docu/item/5085-documentos-acto-legislativo-n-02-de-11-de-mayo-de-2017)?

19. Abgeordnete
Margit Stumpp
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie ist der aktuelle Stand bei der vom ehemaligen Bundesaußenminister Sigmar Gabriel bei seinem Staatsbesuch in Mexiko am 19. Mai 2017 angekündigten Zusammenarbeit mit der mexikanischen Regierung bei der Erweiterung journalistischer Austauschprogramme sowie der finanziellen Unterstützung von Hinterbliebenen ermordeter Journalistinnen und Journalisten (www.auswaertiges-amt.de/de/aamt/bm-reisen/-/217942)?

20. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Inwieweit ist die von Reporter ohne Grenzen e. V. herausgegebene „Rangliste der Pressefreiheit 2018“ aus Sicht der Bundesregierung eine repräsentative und verlässliche Informationsquelle über die Lage der Presse- und Informationsfreiheit in den einzelnen Staaten, und inwieweit wird diese Liste in der Außen-, Wirtschafts- und Entwicklungspolitik der Bundesregierung sowie bei der Förderung von Projekten durch das Auswärtige Amt, das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH und andere Bundesbehörden berücksichtigt?
21. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hat Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel beim Besuch des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu am 4. Juni 2018 in Berlin vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung im Mai dieses Jahres angekündigt hatte, die Safe School Declaration unterzeichnen zu wollen (www.gew.de/aktuelles/detailseite/neuigkeiten/deutschland-unterzeichnet-safe-schools-declaration/), die israelische Militärpräsenz in palästinensischen Schulen angesprochen, und welche konkreten Maßnahmen ergreift die Bundesregierung vor dem Hintergrund der vom Auswärtigen Amt mit „großer Sorge zur Kenntnis“ (www.auswaertiges-amt.de/de/newsroom/siedlungsbau-westjordanland/2099988) genommenen Entscheidung des Obersten Gerichtshofs Israels vom 24. Mai 2018, die Abrissanordnungen gegen die palästinensische Beduinengemeinde Khan al-Ahmar inklusive der dort ansässigen Grundschule, die etwa 170 Kindern des Dorfes und der Umgebung Zugang zu Bildung bietet, zu bestätigen, wodurch ein Abriss der Schule (sowie sämtlicher Gebäude der Gemeinde und die Umsiedlung der Bewohnerinnen und Bewohner gegen ihren Willen) nach mir vorliegenden Informationen nun jederzeit möglich wäre?
22. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Relevanz misst die Bundesregierung dem Gutachten der Europäischen Kommission zu, das besagt, die Ausweitung des Assoziierungsabkommens auf die Westsahara bringe für die dortige Bevölkerung Vorteile (vgl. SWD(2018) 346 final), vor dem Hintergrund, dass der Europäische

Gerichtshof festgestellt hat, dass es für die Frage der Mitbestimmung irrelevant ist, ob solche Abkommen vor- oder nachteilhaft für das Volk der Westsahara sind?

23. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Aussagen des italienischen Innenministers Matteo Salvini, dass er in Italien lebende Sinti und Roma zählen lassen möchte (www.sueddeutsche.de/politik/italien-matteo-salvini-roma-zaehlen-1.4022134), und welche Schritte wird sie diesbezüglich unternehmen bzw. hat sie unternommen, insbesondere angesichts der Forderung des Zentralrates der Sinti und Roma, den italienischen Botschafter einzubestellen, um „Auskunft über diesen gegen europäisches Recht verstoßenden Plan zu bekommen“ (<http://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-fordert-das-auswaertige-amt-auf-den-italienischen-botschafter-einzubestellen>)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

24. Abgeordneter
Oliver Luksic
(FDP)

Ist der geplante Anstieg des Grubenwassers durch Einstellen des dauerhaften Pumpbetriebes durch die RAG Aktiengesellschaft im Saarland aus Sicht der Bundesregierung kompatibel mit den Vereinbarungen des Erblastenvertrages aus dem Jahr 2007 (www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/rag_grubenwasser102.html)?

25. Abgeordneter
Pascal Meiser
(DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung im Sinne der Forderung des Bundesministers für Wirtschaft und Energie Peter Altmaier, dass der Bund „Anreize setzen“ sollte für „mehr Tarifbindung“ (Interview vom 14. Juni 2018 mit der RND – RedaktionsNetzwerk Deutschland GmbH z. B. in Hannoverischer Allgemeiner: „Mehr Markt und weniger Staat“), eine Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB), sodass bei der Vergabe

öffentlicher Aufträge im Einklang mit der Richtlinie 2014/24/EU und der novellierten Entsende-Richtlinie die jeweils repräsentativsten Tarifverträge einzuhalten sind (bitte begründen)?

26. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Wird die Bundesregierung den Vorschlag der EU-Kommission für einen Ratsbeschluss, der das Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Marokko um Zusätze ergänzen soll, mit dem Produkten aus der von Marokko besetzten Westsahara präferierter Zugang zum EU-Binnenmarkt gewährt wird (COM(2018) 479 final), unterstützen, und inwiefern befindet sich der Vorschlag nach Einschätzung der Bundesregierung im Einklang mit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs, der 2016 in einem Urteil (C-104/16 P) festgelegt hat, dass das Volk der Westsahara seine Zustimmung zu Verträgen geben muss, die die EU mit Marokko abschließt und die auch das Territorium der Westsahara betreffen – eingedenk der Tatsache, dass die EU-Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Auswärtigen Dienst nur Konsultationen mit Personen und Gruppen aus Marokko und der Westsahara durchgeführt haben (vgl. SWD(2018) 346 final)?

27. Abgeordnete
**Eva-Maria
Elisabeth
Schreiber**
(DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Einschätzung von West Sahara Resource Watch (<http://wsrw.org/a105x4180>), dass 94 der 112 Stakeholder, mit denen EU-Kommission und Europäischer Auswärtiger Dienst nach Angaben der EU-Kommission Konsultationen bezüglich einer Ausdehnung des EU-Assoziierungsabkommens zwischen der EU und Marokko auf das Territorium der Westsahara durchgeführt haben (siehe SWD(2018) 346 final, Annex, S. 34), nie zu Konsultationen eingeladen wurden oder es abgelehnt haben, an diesen teilzunehmen, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung daraus für die Legitimität und Repräsentativität des Konsultationsprozesses?

28. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den einseitigen Konsultationen von Stakeholdern im Rahmen der JEFTA-Verhandlungen (JEFTA – Freihandelsabkommen der EU mit Japan) durch die EU-Kommission vor dem Hintergrund, dass die Nichtregierungsorganisation Corporate Europe Observatory herausgefunden hat, dass die EU-Kommission während der

Verhandlungen sehr häufig mit Interessensverbänden großer Konzerne in Kontakt stand, jedoch kaum oder gar nicht mit Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen oder Interessenverbänden kleiner und mittlerer Unternehmen (<https://corporateeurope.org/de/international-trade/2018/05/jefta-ein-exklusiver-handel-zwischen-eu-unterhndlern-und-gro-konzernen>), und mit welchen konkreten Schritten setzt sich die Bundesregierung für eine ausgeglichene Berücksichtigung der Interessen aller Stakeholder (explizit auch der oben genannten) in laufenden und zukünftigen Verhandlungen zu Freihandelsabkommen ein?

29. Abgeordnete
Katharina Dröge
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus dem Positionspapier des Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V. (www.bdew.de/media/documents/Stn_20180525_Positionspapier-Wirtschaftsabkommen-EU-Japan.pdf) und die Stellungnahme der Allianz der öffentlichen Wasserwirtschaft e. V. (https://aoew.de/media/Publikationen/Stellungnahmen/2018/AoeW_Stellungnahme_EU_Japan_Abkommen_2018-05-14_final.pdf), in denen die Verbände vor einem erhöhten Privatisierungs- und Liberalisierungsdruck durch JEFTA warnen, und wie will die Bundesregierung unter Berücksichtigung des in JEFTA verwendeten Negativlistenansatzes sicherstellen, dass es nicht zu Liberalisierungen im sensiblen Bereich der öffentlichen Daseinsvorsorge kommt?

30. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Bis wann wird die Bundesregierung einen Entwurf eines Gebäudeenergiegesetzes vorlegen?

31. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie hoch war nach Kenntnis der Bundesregierung der durchschnittliche Erlös einer verkauften Kilowattstunde Erneuerbare-Energie-Strom am Spotmarkt der European Energy Exchange AG (im Rahmen der Erneuerbare-Energie-Gesetz-Vermarktung) in den ersten fünf Monaten im Jahr 2018 im Vergleich zu den ersten fünf Monaten im Jahr 2017?

32. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung bestätigen, dass sie, wie im „DER TAGESSPIEGEL“-Background vom 20. Juni 2018 gemeldet, nachträgliche Änderungen an dem im Trilogverfahren geeinten Entwurf der Erneuerbare-Energien-Richtlinie in Bezug auf Artikel 21 zur Bürgerenergie erreichen will, und wenn ja, mit welcher Zielrichtung?
33. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung den von der Bundesnetzagentur genehmigten und am 15. Juni 2018 veröffentlichten Szenariorahmen 2019 – 2030 im Hinblick auf die Ausbauziele für die Erneuerbaren Energien im Jahr 2030, und welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus den genannten Ausbauzielen für die jeweiligen jährlichen Ausbaupfade der Erneuerbare-Energien-Technologien in den kommenden Jahren?
34. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Gibt es Einschätzungen der Bundesregierung bezüglich des möglichen wirtschaftlichen Schadens durch die Auswirkungen der Einführung von Grenzkontrollen, insbesondere hinsichtlich Wartezeiten und Staus, gerade auch im Bereich Logistik und „Just-in-Time-Lieferungen“?
35. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Welche konkreten Maßnahmen plant die Bundesregierung zur Realisierung der von Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier nach einem Treffen mit dem türkischen Energieminister Berat Albayrak am 16. April 2018 in Berlin angekündigten Vertiefung der Beziehungen mit der Türkei in der Wirtschafts- und Energiepolitik (www.merkur.de/politik/altmaier-will-wirtschaftsbeziehungen-zur-tuerkei-vertiefen-zr-9787701.html), und inwiefern sieht die Bundesregierung die Voraussetzungen für eine Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen mit der Türkei auf bilateraler Ebene als gegeben an vor dem Hintergrund, dass „nach Auffassung der Bundesregierung (...) die Erteilung eines Mandats an die Europäische Kommission zu Verhandlungen über eine Modernisierung der Zollunion angesichts der derzeitigen Lage in der Türkei, insbesondere im Rechtsstaatsbereich, zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich“ ist (Bundestagsdrucksache 19/2871, Antwort zu Frage 29)?

36. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.)
- Wie ist der aktuelle Stand hinsichtlich der noch für 2018 geplanten Schärfung der Rüstungsexportrichtlinien aus dem Jahr 2000 (vgl. Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD, S. 147), mit dem auf die veränderten Gegebenheiten reagiert werden soll und die Rüstungsexporte für Drittländer – also Staaten, die weder NATO- noch EU-Mitgliedsländer noch diesen gleichgestellt sind – dahingehend eingeschränkt werden sollen, dass Kleinwaffen grundsätzlich nicht mehr in Drittländer exportiert werden, und in welcher Gesamthöhe wurden aktuell im Jahr 2018 Genehmigungen für den Export von Kleinwaffen, Kleinwaffenteilen und -munition sowie Herstellungsausrüstung für diese in EU-Länder, NATO und NATO-gleichgestellte Länder und Drittländer erteilt (bitte entsprechend den Ländergruppen unter Angabe der Zahlen für den Vorjahreszeitraum auflisten)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- In wie vielen anderen Fällen haben das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Justiz wie beim ägyptischen Staatsangehörigen Ahmed Mansour in den letzten fünf Jahren entgegen einer Mitteilung des INTERPOL-Generalsekretariats mit der Bitte um Fahndungslöschung wegen Verstoßes gegen Artikel 3 (Missbrauch von Interpol zur politischen Verfolgung) „keine Bedenken“ hinsichtlich einer weiteren Ausschreibung zur Festnahme und Speicherung in Datenbanken angemeldet (<http://gleft.de/2iS>, <http://gleft.de/2iR>, bitte, sofern möglich, für das Auswärtige Amt und das Bundesamt für Justiz getrennt darstellen), und wie viele Personen wurden anschließend tatsächlich in Deutschland festgenommen, obwohl Interpol bei diesen eine politische Verfolgung vermutete?
38. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Hat die Bundesregierung Kenntnis darüber, zu welchem Zeitpunkt der US-amerikanische Attentäter William Atchison gegenüber US-Behörden Angaben zu dem Attentäter vom Olympia-Einkaufszentrum München David S. gemacht hat?

39. Abgeordnete
Kordula Schulz-Asche
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist sich die Bundesregierung der Situation bewusst, dass Lieferungen von generischen Arzneimitteln, meist aus chinesischen oder indischen Produktionsstätten, an der außereuropäischen Grenze zwischengelagert werden, um so direkt nach Ablauf des Patentschutzes innerhalb von Europa lieferfähig zu sein, und wäre es vor dem Hintergrund nicht sinnvoll, die Produktion von Generika auf Vorrat schon vor Ablauf des Patentschutzes in Europa zu erlauben, um so ein zwangsläufiges Abwandern der Generikaproduktion in Drittstaaten zu vermeiden (www.apotheke-adhoc.de/nachrichten/detail/markt/sildenafil-patent-viagra-generika-ab-22-juni/?tx_ttnews%5BViewItem%5D=2&tx_aponews_newsdetail%5B%40widget_4%5D%5BcurrentPage%5D=4&tx_aponews_newsdetail%5B%40widget_4%5D%5BitemsPerPage%5D=1&cHash=a1ee6150b509d9457362afd8dd84ba0?)
40. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum hat die Bundesregierung vor vier Jahren das Rechtshilfeersuchen der österreichischen Regierung abgelehnt, die Telekommunikationsüberwachung von Bürgern und Dienststellen durch den Bundesnachrichtendienst (BND) in Österreich auch strafrechtlich aufklären zu helfen (vergleiche dazu „derStandard.at“ vom 18. Juni 2018 – <https://derstandard.at/2000081802593/Berlin-distanziert-sich-von-Spionageaktionen-des-BND-in-Oesterreich>), und wird die Bundesregierung nun nach den neuerlichen Berichten über solche umfangreichen BND-Aktivitäten dort (vergleiche „Der Standard“ und „profil.at“ seit dem 15. Juni 2018) diesem fortbestehenden und erneuerten Ersuchen förmlich stattgeben mit aktiver Aufklärungshilfe durch alle Behörden des Bundes?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

41. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen Zielstellungen geht die Bundesregierung in die Verhandlungen, um die Bundesbeteiligung für die Kosten der Unterkunft der Länder und Kommunen zukunftsfest auszugestalten, und welche monatliche Höhe pro Person hält die Bundesregierung hier für angemessen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

42. Abgeordnete
**Dr. Franziska
Brantner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ziele und Instrumente soll die Europäische Interventionsinitiative, die die Bundesregierung laut der Erklärung von Meseberg befürwortet, beinhalten, und wie genau soll die Eingliederung in die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

43. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)
- In welcher Höhe ist es nach Einschätzung der Bundesregierung möglich, durch das staatliche freiwillige Tierwohllabel eine höhere Wertschöpfung für die Landwirtschaft zu generieren?
44. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 21. Juni 2018, dass Deutschland nicht genügend gegen Nitrat im Grundwasser unternommen hat, und teilt die Bundesregierung das Ergebnis der Studie der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, dass auch die neuen Maßnahmen aus dem letzten Jahr nicht geeignet sind, um die Nitratwerte im Grundwasser wesentlich abzusenken (www.sueddeutsche.de/wirtschaft/grundwasser-die-quelle-von-gestern-1.4025854)?
45. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung für die Verhandlungen mit den EU-Nachbarstaaten in der „Scheveningen technical expert group“ nach dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 13. Juni 2018 in der Rechtssache C-683/16, in dem geklärt wurde, dass das EU-Naturschutzrecht innerhalb des Regelwerks der Gemeinsamen Fischereipolitik (GFP) umgesetzt werden muss, um das Fischen in Meeresschutzgebieten naturverträglich zu regulieren (insbesondere unter Berücksichtigung der Antworten auf meine Schriftlichen Fragen 63 und 64 auf Bundestagsdrucksache 19/605, die zeigen, dass auch

elf Jahre nach Ausweisung der deutschen Meeresschutzgebiete weiterhin großflächig besonders umweltschädliche Fischereitechniken zum Einsatz kommen), und wie positioniert sich die Bundesregierung in den bilateralen Verhandlungen mit Dänemark zur Einigung auf Naturschutzmaßnahmen in den deutschen Meeresschutzgebieten zu den von Dänemark vorgebrachten Einwänden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

46. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Wie viele der Bildungszentren des Bundesamts für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben sind barrierefrei zugänglich?
47. Abgeordnete
Katrin Werner
(DIE LINKE.)
- Bis wann ist mit einer Fertigstellung der Handreichung zur diskriminierungsfreien Adoptionsvermittlung im Hinblick auf die Ehe für alle zu rechnen, die ein Vertreter des BMFSFJ am 14. Juni 2018 auf der Veranstaltung „Rechtliche und soziale Herausforderungen für die Vielfalt des Familienlebens“ des Zukunftsforums Familie e. V. und des LSVD – Vereins für europäische Kooperation e. V. angekündigt hat?
48. Abgeordneter
Dr. Götz Frömming
(AfD)
- Hat die Bundesregierung dazu Erkenntnisse, dass immer häufiger Eltern ihren Anspruch auf einen Kitaplatz durch Einschüchterung oder Androhung von Gewalt durchzusetzen versuchen, oder handelt es sich hier um Einzelfälle?
49. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- In welchem Umfang sind Gelder aus den Bundesprogrammen „gegen Rechts“ nach Kenntnis der Bundesregierung in Aktivitäten gegen CSU („gehört angegriffen“), SPD, CDU und AfD geflossen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
Gesundheit**

50. Abgeordnete
**Maria
Klein-Schmeink**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Waren am runden Tisch zum Thema Fernbehandlung am 13. Juni 2018 (s. Tweet des Leiters der Abteilung für Digitalisierung des Gesundheitswesens im Bundesministerium für Gesundheit, Gottfried Ludewig, vom 13. Juni 2018, 8:53 Uhr, zuletzt abgerufen am 19. Juni 2018 unter https://twitter.com/_GLudewig/status/1006927457230999552) auch Patientinnenvertreterinnen und Patientinnenvertreter beteiligt, und wenn nein, wie begründet die Bundesregierung, dass sie dieses Gesprächsformat nur unter Beteiligung der anwesenden Interessengruppen durchgeführt hat?
51. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie viele Unternehmen und Beschäftigte wurden nach Kenntnis der Bundesregierung in den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 durch die Beratung der Koordinierungsstellen für die betriebliche Gesundheitsförderung nach § 20b Absatz 3 des Fünften Buches Sozialgesetzbuch (SGB V) und die Leistungen der betrieblichen Gesundheitsförderung nach § 20b Absatz 1 SGB V erreicht, und in welcher Höhe wurden nach Kenntnis der Bundesregierung von den Krankenkassen in diesen Jahren Mittel der betrieblichen Gesundheitsförderung gemäß § 20b Absatz 4 Satz 1 SGB V wegen zu geringer Ausgaben dem Spitzenverband Bund der Krankenkassen zur Verfügung gestellt?
52. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Wie häufig waren nach Kenntnis der Bundesregierung im Jahr 2017 (alternativ im letzten Jahr, für das Daten vorliegen) jeweils die Arten der von Krankenkassen unterstützten Aktivitäten (Einrichtung von Entscheidungsstrukturen und Gesundheitszirkeln, Bedarfsermittlung, Arbeitsunfähigkeitsanalysen, verhaltensbezogene Aktivitäten, verhältnisbezogene Aktivitäten, Erfolgskontrollen) im Rahmen der Programme der betrieblichen Gesundheitsförderung (bitte weiter nach inhaltlicher Ausrichtung der verhaltens- und verhältnisbezogenen Interventionen in den Unternehmen differenzieren – ohne „andere“), und welche drei Ziel-

gruppen wurden am häufigsten durch zielgruppenspezifische Programme erreicht (bitte zusätzlich deren Anteil an allen zielgruppenspezifischen Programmen angeben)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

53. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie hoch war der prozentuale Anteil ausländischer Kfz-Halter und/oder -Führer an den jährlich seit 2012 insgesamt auf Bundesautobahnen und -straßen begangenen und vom Bundesamt für Güterverkehr geahndeten Bußgeldfällen (bitte absolute Zahlen der Bußgeldfälle aufschlüsseln), und in wie vielen Fällen wurde jeweils bei den ausländischen Kfz-Haltern und/oder -Führern sowie insgesamt das Bußgeld realisiert?
54. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Liegt nach Auffassung der Bundesregierung die ausschließliche rechtliche Kompetenz zur Einführung von LKW-Abbiegeassistenten bei der Europäischen Union, und wie begründet die Bundesregierung ihre Rechtsauffassung?
55. Abgeordneter
Stefan Gelbhaar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche offenen Neuregelungs- bzw. Überarbeitungsbedarfe in Bundesgesetzen sieht die Bundesregierung – auch angesichts der Beratungen und Beschlussfassung über das Berliner Mobilitätsgesetz –, und plant die Bundesregierung ein Mobilitätsgesetz auf Bundesebene?
56. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft es zu, dass Bundesverkehrsminister Andreas Scheuer bei einem Treffen mit dem Vorstandsvorsitzenden der Daimler AG, Dieter Zetsche, am 28. Mai 2018 die Möglichkeit genannt hat, aufgrund verbotener Abschaltvorrichtungen in Mercedes-Dieselfahrzeugen ein Bußgeld zu verhängen (vgl. www.spiegel.de/wirtschaft/abgasskandal-andreas-scheuer-droht-daimler-mit-milliardenstrafe-a-1210646.html), und aus welchen Gründen wurde

letztlich kein Bußgeld verhängt (vgl. www.spiegel.de/auto/aktuell/daimler-andreas-scheuer-ordnet-rueckruf-von-238-000-fahrzeugen-an-a-1212377.html)?

57. Abgeordneter
Stephan Kühn
(Dresden)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Inwiefern hält die Bundesregierung auch nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts über die Zulässigkeit von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge und nach der Vorlage der Urteilsbegründung am 18. Mai 2018 (vgl. auch Antwort auf die Schriftliche Frage 138 auf Bundestagsdrucksache 19/1126) daran fest, eine neue Rechtsgrundlage zur Anordnung von streckenbezogenen Verkehrsverboten oder -beschränkungen zum Schutz der menschlichen Gesundheit in der Straßenverkehrsordnung (StVO) zu schaffen (vgl. Antwort auf die Mündliche Frage 34, Plenarprotokoll 19/13), und auf welche Weise wird die Bundesregierung Rechtsgrundlagen schaffen, um „für schwere Nutzfahrzeuge Umweltzonen ein[zu]richten, die relevante und große Teile der Stadtgebiete abdecken“ (vgl. Brief an EU-Kommissar Karmenu Vella, Ausschussdrucksache 19(15)3; bitte unter Angabe der neu zu schaffenden bzw. zu ändernden Rechtsgrundlagen)?

58. Abgeordnete
Carina Konrad
(FDP)

Sind für die ab dem 1. Juli geltende Mautpflicht auf Bundesstraßen Ausnahmen für Landwirte und Lohnunternehmer, die mit Traktoren, die bauartbedingt über 40 km/h fahren, vorgesehen, und wenn ja, welche Ausnahmen für Landwirte und Lohnunternehmer wird es geben?

59. Abgeordneter
Torsten Herbst
(FDP)

Kann die Bundesregierung Medienberichte bestätigen, dass im Rahmen des Referentenentwurfs für das Gesetz zur Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren die Bahnstrecke Chemnitz–Leipzig nicht in der Projektliste der Vorhaben im Schienenverkehr enthalten ist, und wenn ja, was sind die Gründe dafür (www.freiepresse.de/SACHSEN/Bund-will-Planungszeit-fuer-grosse-Bahnprojekte-deutlich-verkuerzen-artikel10238635.php)?

60. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Weshalb macht die Bundesregierung die Unterzeichnung der Finanzierungsvereinbarung für den Ausbau der Gäubahn im Abschnitt Horb–Neckarhausen von der Klärung des Einsatzes von Neigetechnikzügen abhängig (meine Schriftliche Frage 89 auf Bundestagsdrucksache 19/2419), und wann wird die Bundesregierung nunmehr die Finanzierungsvereinbarung unterzeichnen und damit den Weg für den Ausbau des Streckenabschnitts ebnen?
61. Abgeordneter
Matthias Gastel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann können nach derzeitiger Planung der Bundesregierung Echtzeitdaten über Verkehrsträger und -situation frei und zwischen allen öffentlichen und privaten Betreibern von Verkehrssystemen und Anbietern von Informationssystemen ausgetauscht werden, und wann ist mit der Einführung von bundesweiten eTickets zu rechnen?
62. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wie ist das Genehmigungsverfahren für An- und Abflüge am Euroairport Basel-Mulhouse über deutschem Gebiet in Südbaden geregelt, und wer ist für Änderungen konkret zuständig?
63. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Aus welchen Gründen hat die geplante Sanierung der Wasserstraße Finowkanal bisher noch nicht stattgefunden, obwohl in der Vereinbarung „Wiederherstellung der durchgehenden Schiffbarkeit des Finowkanals“ zwischen dem Bund und dem Land Brandenburg aus dem Jahr 1998 hervorgeht, dass dies bis 2012 geschehen soll, und wird es eine Komplettsanierung geben (bitte unter Angabe des Sanierungszeitraums, der Kosten und deren Aufteilung zwischen Bund und Land)?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt,
Naturschutz und nukleare Sicherheit**

64. Abgeordnete
**Annalena
Baerbock**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchem Arbeitsauftrag (bitte unter Angabe des anvisierten Zeitraums von Beginn bis Ende und der Teilnehmerinnen und Teilnehmer) wird die zwischen Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und Premierminister Emmanuel Macron auf Schloß Meseberg am 19. Juni 2018 in der „Meseberg Declaration“ festgehaltene deutsch-französische Arbeitsgruppe auf Ministerebene zu Energiepolitik und speziell zu einem CO₂-Mindestpreis tagen?
65. Abgeordnete
Ingrid Nestle
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stimmt die Bundesregierung zu, dass im Klimaschutzbericht 2017 der Bundesregierung die Lücke im Verkehrssektor rund 50 Mio. Tonnen CO₂ beträgt, die Umsetzung des Kommissionsvorschlags die Lücke um 4 Mio. Tonnen CO₂ reduziert, eine Dieselpreisangleichung an den Benzinpreis rund 9 Mio. Tonnen CO₂ einspart, und wieviel Tonnen CO₂ soll der Lastenradvorschlag der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit Svenja Schulze einsparen?
66. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit (BMU) darüber, inwiefern die belgische Atomaufsicht meldepflichtige Ereignisse in belgischen Atomkraftwerken elektronisch erfasst (ggf. bitte mit möglichst konkreter Darlegung der betreffenden elektronischen Erfassung einschließlich des Erfassungszeitraums; vgl. Antwort der Bundesregierung auf meine Mündliche Frage 45, Plenarprotokoll 19/28, Anhang 2 sowie BMU-Pressemitteilung 121/18 vom 15. Juni 2018), und mit ggf. welchen Ergebnissen hat das BMU die belgische Atomaufsicht im Rahmen der bilateralen Zusammenarbeit entsprechend der BMU-Ankündigung in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit des Deutschen Bundestages am 21. Februar 2018 bereits darum ersucht, auch meldepflichtige Ereignisse der Stufe 0 auf der Internationalen Bewertungsskala für nukleare Ereignisse zu veröffentlichen (vgl. Bericht „Belgien meldet nur jede zehnte Panne“ in DER SPIEGEL vom 3. Februar 2018)?

67. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über den konkreten Inhalt der mit Gründen versehenen Stellungnahme bzw. Aufforderungsschreiben der Europäischen Kommission an Belgien, Polen und Spanien im Zusammenhang mit der Umsetzung der Richtlinie über die nukleare Sicherheit (Richtlinie 2014/87/Euratom des Rates), und wie schätzt die Bundesregierung die Versäumnisse der Staaten bei der Umsetzung ein (vgl. „Nukleare Sicherheit: Kommission fordert BELGIEN, POLEN und SPANIEN auf, die EU-Vorschriften über nukleare Sicherheit vollständig umzusetzen“ vom 7. Juni 2018, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-18-3986_de.htm)?
68. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt das Bundesumweltministerium die im Eckpunktepapier zum Aktionsprogramm Insektenschutz der Bundesregierung vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduktion der Einträge von Nähr- und Schadstoffen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit bei der Einhaltung der EU-Nitratrichtlinie mit Blick auf das vom Europäischen Gerichtshof veröffentlichte Urteil, das Deutschland wegen Verletzung von EU-Recht, genauer der Nitratrichtlinie, verurteilt, und mit Blick auf eine neue Studie des BDEW – Bundesverbandes der Energie- und Wasserwirtschaft e. V., wonach die novellierte Düngerverordnung eine „weitgehende Missachtung aller agrar- und umweltwissenschaftlichen Fachempfehlungen“ (www.bdew.de/presse/presseinformationen/deutschland-drohen-milliarden-strafzahlungen/) sei und keine Reduktion der Nitratbelastung erbringen werde, und wie bewertet das Bundesumweltministerium die Diskrepanz zwischen den von der Bundesumweltministerin getätigten Aussagen, sich dafür einsetzen zu wollen, „dass Pflanzenschutzmittel nur noch zugelassen werden dürfen, wenn ihre Auswirkungen auf die biologische Vielfalt in ausreichendem Maß ausgeglichen werden“ (www.spiegel.de/wissenschaft/natur/svenjaschulze-umweltministerin-will-pestizid-einsatz-einschraenken-a-1204658.html) und dem im oben genannten Aktionsprogramm genannten Lob für europäische Zulassungsverfahren und dessen Fokussierung auf Glyphosat, während andere Stoffe außer Acht gelassen werden?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für
wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

69. Abgeordneter
Dr. Christoph Hoffmann
(FDP)
- Wann stellt Bundesminister Dr. Gerd Müller seine parallel zum „Masterplan Migration“ von Bundesminister Horst Seehofer angekündigte „Entwicklungsstrategie 2030“ vor, und welche konkreten Maßnahmen beinhaltet diese (www.augsburger-allgemeine.de/politik/Entwicklungsminister-Mueller-Wir-werden-legale-Zuwanderung-ermoeglichen-id51333621.html)?
70. Abgeordneter
Uwe Kekeritz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Schwerpunkte der von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller angekündigten Entwicklungsstrategie 2030, und welche Rolle spielt die Strategie im Rahmen des Masterplans Migration, den Bundesinnenminister Horst Seehofer angekündigt hat?
71. Abgeordneter
Omid Nouripour
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Trifft nach Ansicht der Bundesregierung die Aussage von Bundesminister Dr. Gerd Müller zu, „mit 10 Milliarden weltweit könnten wir allen Menschen, die sich in Boote flüchten(,) ein Überleben sichern“ (ZDF-Morgenmagazin, 13. Juni 2018, www.daserste.de/information/politik-weltgeschehen/morgenmagazin/videos/gerd-mueller-116.html), und durch welche konkreten Maßnahmen und Projekte wäre dieses Ziel zu erreichen?
72. Abgeordnete
Helin Evrim Sommer
(DIE LINKE.)
- Wann wird die Bundesregierung ein Konzept zum Auftrag und zur Zielsetzung des Rückkehrprogramms „Perspektive Heimat“ dem Deutschen Bundestag zur Beratung vorlegen, und welche Prioritäten verfolgt die Bundesregierung bei der Bekämpfung von Fluchtursachen?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

73. Abgeordnete
Canan Bayram
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind Inhalte des sogenannten Masterplans Migration für die Bundesregierung zur Bestimmung der Richtlinien ihrer Politik und die Leitung ihrer Geschäfte von Bedeutung?
74. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Stehen die öffentlichen Äußerungen des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat im Zusammenhang mit dem sogenannten Masterplan Migration mit den von der Bundeskanzlerin gegebenen Richtlinien der Regierungspolitik in Einklang?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

75. Abgeordneter
Fabio De Masi
(DIE LINKE.)
- Wie hoch war jeweils am Ende der Monate April, Mai und Juni 2018 (für Juni spätestmöglicher Stichtag im Monat) der Stand der seit dem Start der neuen Financial Intelligence Unit (FIU) am 26. Juni 2017 dort eingegangenen Verdachtsmeldungen nach dem Geldwäschegesetz, und wie viele dieser Meldungen waren seitdem jeweils bis zu einem Monatsende an Strafverfolgungsbehörden weitergeleitet worden, durch Abstandnahme nicht weiterverfolgt worden bzw. bei der FIU „in Bearbeitung“?
76. Abgeordneter
Stefan Schmidt
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Vertreten das Bundesfinanzministerium und das Bundeswirtschaftsministerium einheitliche Positionen in der Frage, ob die gewerbsteuerliche Hinzurechnung laut § 8 Nummer 1 Buchstabe e des Gewerbesteuergesetzes (GewStG) auf Übernachtungsleistungen anzuwenden ist, und plant die Bundesregierung eine Initiative zur gesetzlichen Klarstellung der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung bei Übernachtungsleistungen (vgl. § 8 Nummer 1 Buchstabe e GewStG), um Rechtssicherheit zu schaffen?

77. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Was geschieht nach Kenntnis der Bundesregierung mit den bis zum Ablauf des dritten Hilfsprogramms für Griechenland am 20. August 2018 nicht ausgezahlten Programmmitteln?
78. Abgeordneter
Klaus-Peter Willsch
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung der Gewährung einer Kreditlinie des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) mit erweiterten Konditionen (ECCL) für Griechenland gegenüber, falls die griechische Regierung eine solche im Anschluss an das im August 2018 auslaufende ESM-Programm beantragen sollte?
79. Abgeordnete
Dr. Franziska Brantner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Höhe strebt die Bundesregierung bei dem in der Meseberger Erklärung verabredeten Haushalt für die Eurozone an, und wie genau soll die Beschlussfassung zu den Ausgaben dieses Haushalts erfolgen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat

80. Abgeordneter
Stephan Brandner
(AfD)
- Wie hat sich die Anzahl jährlich registrierter Straftaten in den Bahnhöfen und Zügen der Deutschen Bahn AG seit dem Jahr 2006 entwickelt, und wie hoch war jeweils der Anteil nichtdeutscher Tatverdächtiger (bitte um Jahresangaben)?
81. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Aus welchen Gründen können aus Sicht der Bundesregierung hinsichtlich der bundespolizeilichen Ausbildungs- und Ausstattungshilfe in Ägypten, die sich auf die grenzpolizeilichen Bereiche der Grenzkontrolle/-überwachung sowie der Dokumenten- und Urkundensicherheit sowie der Luftsicherheitskontrolle erstreckt, „mit Blick auf den noch nicht abgeschlossenen Abstimmungsprozess [...] zu den Inhalten der Bedarfsliste [für die technische Ausstattung und damit verbundene Schulungsmaßnahmen] keine Angaben gemacht werden“ (Antwort der Bundesregierung zu Frage 4 auf Bundestagsdrucksache 19/2792, bitte eine justiziable Fundstelle für die rechtliche Begründung der Nichtauskunft und wenigstens das mögliche Ende

- der Prüfungen mitteilen), und welche weiteren Angaben kann die Bundesregierung zur deutschen Unterstützung der „maritimen Aufgaben der ägyptischen Grenzpolizei“ machen (bitte Details zu den „Maßnahmen der Einsatzmobilität“ und die „unter anderem“ gelieferten Streifenfahrzeuge für den Küstenbereich mitteilen)?
82. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)
- Zu welchem Zeitpunkt informierte das Bundeskriminalamt das Bayerische Landeskriminalamt über Verbindungen zwischen William Atchison und David S.?
83. Abgeordneter
Christian Kühn
(Tübingen)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Bis wann wird die von der Bundesregierung angekündigte Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ (www.maz-online.de/Nachrichten/Politik/Horst-Seehofers-Heimatministerium-kann-nicht-mit-der-Arbeit-beginnen) eingesetzt, und bis wann sollen erste Ergebnisse vorliegen?
84. Abgeordneter
Martin Hohmann
(AfD)
- Wie viele der in der Publikation „Riot Maker“ als Angriffsziele klassifizierte, sogenannte (Krieger-) Denkmäler und Martin-Luther-Gedenktafeln sind nach Kenntnis der Bundesregierung in den letzten drei Jahren jeweils „angegriffen“ worden?
85. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche quantitativen Ergebnisse haben Grenzvorfeld-Kontrollmaßnahmen der Bundespolizei nach § 23 Absatz 1 Nummer 3 des Bundespolizeigesetzes (BPolG) in Verbindung mit dem BMI-Erlass vom 7. März 2016 (GMBI 2016, S. 203) seit 2016 im Hinblick auf Personen, gegen die ein Einreise- und Aufenthaltsverbot im Sinne von § 11 Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes besteht, beziehungsweise im Hinblick auf Personen mit Eurodac-Treffern ergeben?

86. Abgeordnete
Dr. Irene Mihalic
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche quantitativen Ergebnisse haben Grenzvorfeld-Kontrollmaßnahmen der Bundespolizei nach § 23 Absatz 1 Nummer 3 BPolG in Verbindung mit dem BMI-Erlass vom 7. März 2016 (GMBI 2016, S. 203) seit 2016 im Hinblick auf Straftäter und Gefährder ergeben?
87. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Warum ist der Wortlaut des von Teilen der Bundesregierung in der Öffentlichkeit angesprochenen sogenannten Masterplans Migration („63-Punkte-Plan“) dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit trotz umfassender öffentlicher Debatte und mehrstündiger Unterbrechung einer Plenarsitzung des Deutschen Bundestages in diesem Zusammenhang vorenthalten worden?
88. Abgeordnete
Dr. Manuela Rottmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist der sogenannte Masterplan Migration ein Papier der CSU oder eines des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat?
89. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Mit welchen anderen Bundesministerien über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hinaus wurde oder wird der sogenannte Masterplan Migration in der Bundesregierung nach den Regeln der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien und der Geschäftsordnung der Bundesregierung abgestimmt?
90. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Besteht in der Bundesregierung Einvernehmen über den sogenannten Masterplan Migration?
91. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Weisungsschreiben des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums vom 19. Juni 2018 – Az: 22-180402, Betreff: Grenzpolizeiliche Aufgabewahrnehmung, hier: Zurückweisung an den Grenzen – in Bezug auf Schutzsuchende nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Dublin-III-Verordnung, die in Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten jeden Antrag auf internationalen Schutz, den ein Drittstaatsan-

- gehöriger oder Staatenloser im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einschließlich an der Grenze stellt, prüfen, vereinbar (bitte Antwort begründen)?
92. Abgeordnete
Luise Amtsberg
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind die nach Ankündigung des Bundesministers des Innern, für Bau und Heimat für die Zeit ab Juli 2018 vorgesehenen Zurückweisungen Schutzsuchender mit Eurodac-Treffer an den Grenzen nach Einschätzung der Bundesregierung mit der Dublin-III-Verordnung, die in Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 bestimmt, dass die Mitgliedstaaten jeden Antrag auf internationalen Schutz, den ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einschließlich an der Grenze stellt, prüfen, vereinbar (bitte Antwort begründen)?
93. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lange ist nach Ansicht der Bundesregierung die zulässige Höchstdauer der vorübergehenden Grenzkontrollen (nach den Artikeln 23 ff. des Schengener Grenzkodex)?
94. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie lauten die wichtigsten 28 Punkte des „Masterplans Migration“ von Horst Seehofer im Wortlaut bzw. die Punkte des Entwurfs des Papiers?
95. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- An welchen Grenzübergangsstellen in Deutschland sollen die Zurückweisungen in welchem konkreten Verfahren erfolgen (bitte aufgeschlüsselt nach Anzahl, Ort und Bundesland)?
96. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)
- Wie ist die Anordnung von Bundesinnenminister Horst Seehofer, Personen mit einem Wiedereinreiseverbot an den deutschen Grenzen zurückzuweisen, auch wenn sie ein Asylgesuch stellen (www.augsburger-allgemeine.de/politik/Polizeikritisiert-Plaene-zur-Zurueckweisung-als-unzureichend-id51425521.html), mit internationalem und europäischem Recht vereinbar (bitte in

konkreter Auseinandersetzung mit dem Refoulement-Verbot und der Dublin-III-Verordnung begründen), und ist die Einschätzung des ehemaligen österreichischen Bundesverteidigungsministers Hans Peter Doskozil zutreffend, dass Österreich solche Zurückweisungen nicht akzeptieren muss und die Wiedereinreise verweigern kann, wenn die Kontrolle auf deutschem Boden geschah (www.focus.de/politik/deutschland/asylstreit-vorerst-entschieden-was-derzeit-an-der-deutschen-grenze-passiert_id_9119847.html, bitte in Auseinandersetzung mit der Rechtslage begründen)?

97. Abgeordnete
Ulla Jelpke
(DIE LINKE.)

Worauf konkret stützte Bundesinnenminister Horst Seehofer seine Einschätzung (Pressemitteilung vom 20. Juni 2018), dass „trotz des Rückgangs der Zahl der Asylanträge um 18 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum“ der „im Koalitionsvertrag vereinbarte Korridor für die jährliche Zuwanderung nach Deutschland in Höhe von 180 000 bis 220 000 Personen (...) in diesem Jahr erreicht oder sogar überschritten werden“ könnte, vor dem Hintergrund, dass besagter Korridor nicht nur die Zahl neu eingereister Schutzsuchender („inklusive Kriegsflüchtlinge, vorübergehend Schutzberechtigte, Familiennachzügler, Relocation, Resettlement“) enthält, sondern davon Abschiebungen und Ausreisen abgezogen werden sollen („abzüglich Rückführungen und freiwilligen Ausreisen“, bitte nachvollziehbar erläutern), und wie lauten die Zahlen für das bisherige Jahr 2018 zu den im Koalitionsvertrag genannten (s. o.) Untergruppen der „Zuwanderung“, die die genannte Spanne nicht überschreiten sollen (bitte so genau wie möglich darstellen)?

98. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Kann nach Auffassung der Bundesregierung vom Dublin-III-Verfahren ohne Rechtsänderung im Wege bilateraler Vereinbarungen abgewichen werden?

99. Abgeordnete
Monika Lazar
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung multilateral aktiv zwecks welcher förmlichen Rechtsänderung des Dublin-III-Verfahrens (Verordnung (EU) 604/2013 vom 26. Juni 2013)?

100. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Sind nach Ansicht der Bundesregierung die Umstände (Ausnahmesituation), die eine vorübergehende Wiedereinführung von Grenzkontrollen an den EU-Binnengrenzen nach den Artikeln 23 ff. des Schengener Grenzkodex erlauben, derzeit gegeben?
101. Abgeordnete
Filiz Polat
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Hält die Bundesregierung angesichts dessen, dass Artikel 3 Absatz 1 Satz 1 Dublin-III-Verordnung wörtlich bestimmt, dass die Mitgliedstaaten jeden Antrag auf internationalen Schutz, den ein Drittstaatsangehöriger oder Staatenloser im Hoheitsgebiet eines Mitgliedstaats einschließlich an der Grenze stellt, prüfen müssen, die Zurückweisung von Personen durch die Bundespolizei an der deutschen Grenze, unabhängig davon, ob diese Schutz ersuchen, ohne die Durchführung eines Dublin-Verfahrens für vereinbar mit dem geltenden Europarecht, das Anwendungsvorrang in Deutschland hat?
102. Abgeordneter
Markus Tressel
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Müssen zukünftig auch bei innereuropäischen Flügen nach Deutschland Kontrollen und Datenabgleiche durchgeführt werden, damit die jüngste Weisung des Präsidenten des Bundespolizeipräsidiums bezüglich grenzpolizeilicher Aufgaben und insbesondere der Zurückweisungen an den Grenzen in Bezug auf Schutzsuchende nicht ins Leere läuft?
103. Abgeordneter
Dr. André Hahn
(DIE LINKE.)
- Bis wann plant die Bundesregierung die fehlenden Teile des Konzeptes zur Neustrukturierung des Leistungssports und der Spitzensportförderung (Neustrukturierung des Wissenschaftlichen Verbundsystems und der Olympiastützpunkte sowie das Finanzierungskonzept – siehe auch Konzept, S. 45/46) vorzulegen, und welche Fragen bzw. Probleme sind auf dem Weg dahin nach Auffassung der Bundesregierung noch auszuräumen?

104. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung im Anschluss an die geplante Grundgesetzänderung sicherstellen, dass die Gelder für den sozialen Wohnungsbau zukünftig nicht mehr für die Eigenheimförderung, für das Stopfen von Haushaltslöchern oder anderes zweckentfremdet werden können (vgl. Bundestagsdrucksache 18/11403, S. 5)?
105. Abgeordnete
Caren Lay
(DIE LINKE.)
- Wie will die Bundesregierung die Länder dazu motivieren, die Sozialbindungen der geförderten Wohnungen zu verlängern, damit die aus Bundesmitteln finanzierten Sozialwohnungen nicht wie bisher schon nach zehn oder 20 Jahren wieder verloren gehen (vgl. Förderrichtlinien der Bundesländer, u. a. des Landes Baden-Württemberg oder Hessen)?

